

Zuwanderungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945 bis 1990: Vertriebene und Flüchtlinge, Gastarbeiter und ihre Familien

Von Lilli Sippel

Während noch zu Zeiten der transatlantischen Massenauswanderungen im 18. und 19. Jahrhundert Hunderttausende das Deutsche Kaiserreich verließen, kehrte sich dieser Trend in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts um: Die neu gegründete Bundesrepublik wurde schon bald zum Einwanderungsland. Zwischen 1954 und 2006 zogen über 36 Millionen Menschen nach Deutschland, von denen 80 Prozent ausländischer Herkunft waren. Im gleichen Zeitraum verließen nur 27 Millionen das Land. Im Saldo kamen also neun Millionen.

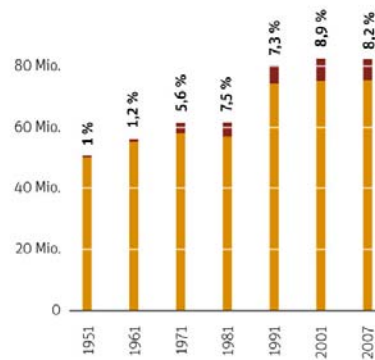
Wenn die Wirtschaft boomt oder Schlagbäume fallen, steigen die Zuwanderungszahlen

Ausländer und Deutsche in Deutschland in ausgewählten Jahren

(Datengrundlage: BAMF 2007)

■ Deutsche
■ Ausländer

Berlin-Institut für Bevölkerung
und Entwicklung



Der Wanderungssaldo sagt aus, ob in einem bestimmten Jahr mehr Menschen in ein Land gekommen sind oder dieses verlassen haben. Bei der Gruppe der Ausländer schwankt das Bild über die Jahre. Zu erkennen ist bis 1973 der Zustrom der Gastarbeiter. Nur während der Rezession von 1966 ebte er ab, und es verließen sogar mehr Menschen das Land, als kamen. Ende der 1980er und zu Beginn der 1990er trieb eine Welle von Asylbewerbern die Zahl der ausländischen Zuzüge abermals stark in die Höhe. Von der zweiten Hälfte der 1980er Jahre an zogen viele Spätaussiedler als Deutsche hinzu. An Ausländern kamen überwiegend Menschen aus dem zerfallenden Jugoslawien (Datengrundlage: Statistisches Bundesamt 2007, eigene Berechnung).

Vertriebene und Flüchtlinge: Zustrom nach dem Krieg

Als erste Einwanderungsgruppe kamen zunächst rund zwölf Millionen heimatlose Vertriebene und ehemalige Kriegsflüchtlinge in das Gebiet der heutigen Bundesrepublik. Acht Millionen davon ließen sich in den westlichen Besatzungszonen nieder. Bis zum Mauerbau 1961 setzten sich weitere 2,6 Millionen Flüchtlinge aus der DDR im Westen ab. Diese Zugewanderten füllten die kriegsbedingten Lücken in der deutschen Bevölkerung und trugen als qualifizierte Arbeiter entscheidend zum Wirtschaftswachstum der Nachkriegszeit bei. Sie verhalfen beispielsweise einem Agrarland wie Bayern zu ungeahntem wirtschaftlichem Aufstieg.

Gastarbeiter: Garanten des Wirtschaftswunders

Als die geburtenschwachen Kriegsjahrgänge ins erwerbsfähige Alter kamen und sich durch bessere Altersversorgung und die Verlängerung der Ausbildungszeiten die durchschnittliche Lebensarbeitszeit verkürzte, gingen der deutschen Wirtschaft Mitte der 1950er Jahre schon wieder die Mitarbeiter aus. In den Wachstumsregionen Baden-Württembergs und Nordrhein-

Westfalens herrschte damals nahezu Vollbeschäftigung. Ohne zusätzliche Arbeiter in bestimmten Wirtschaftszweigen, etwa in der Automobil- und Montageindustrie, waren die ökonomischen Erfolge Deutschlands nicht zu halten.

Im Dezember 1955 schlossen Deutschland und Italien daher ein so genanntes Anwerbeabkommen, mit dem italienische Arbeitskräfte an deutsche Unternehmen vermittelt werden sollten. Ähnliche Abkommen folgten in den Jahren 1960 bis 1968 mit Spanien, Griechenland, der Türkei, Marokko, Portugal, Tunesien und Jugoslawien.

Schon 1956 zogen so 82.505 ausländische Personen nach Deutschland. Bis 1965, ein Jahr vor der Rezession, stieg die Zahl der jährlichen Zuzüge um mehr als das Achteinhalbfache auf ein erstes Maximum von 716.157.

Die Gastarbeiter stammten meist aus ländlichen, strukturschwachen Gebieten, waren häufig ungelernnt, verdienten daher in ihrer Heimat sehr wenig oder waren arbeitslos. Ein Arbeitsaufenthalt im Ausland bot ihnen eine wirtschaftliche Perspektive. Mit den vergleichsweise hohen Löhnen in Deutschland konnten sie die Familien daheim finanziell unterstützen.

In der Struktur der damaligen ausländischen Bevölkerung spiegeln sich deutlich die ökonomischen Wandlungsmotive wider: Es kamen weitaus mehr Männer als Frauen. Sie waren zwischen 20 und 40 Jahre jung und in der Regel alleinstehend. Fast alle fanden Jobs in der Industrie, im Baugewerbe und im Bergbau. Schlecht qualifizierten Deutschen half dies nicht selten beim beruflichen und sozialen Aufstieg, denn die Migranten rückten von unten auf die gering bezahlten Stellen nach.

Die deutsche Bevölkerung begegnete den Ausländern zunächst neutral bis wohlwollend, waren sie doch in jeder Hinsicht eine Hilfe. Noch 1964 empfingen die Medien den millionsten Gastarbeiter, einen Portugiesen, mit großem Hallo. Zwei Jahre später durchlief die deutsche Wirtschaft ihre erste Konjunkturschwäche und für einen kurzen Zeitraum verzeichnete Deutschland einen Wanderungsverlust bei den Ausländern. Als sich 1967 die Wirtschaft erholte, stieg die Zahl der offenen Stellen wieder und weitere Gastarbeiter kamen ins Land. Zwischen 1968 und 1971 wurden so viele neue Arbeiter beschäftigt wie insgesamt in den 13 Jahren zuvor. Bis 1973 kletterte die Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik auf über 3,9 Millionen: 6,4 Prozent der Bevölkerung hatten damals keinen deutschen Pass. In dieser Zeit lösten türkische Migranten die Italiener als größte ausländische Gruppe ab. Sie kamen meist als arme Bauernsöhne direkt aus Anatolien im Osten der Türkei.

In den 1970er Jahren trübte sich vor allem durch die Ölkrise erneut die Wirtschaftslage. Diesmal antwortete die Politik mit einem „Anwerbestopp“, der es von 1973 an Ausländern verbot, der Arbeit wegen nach Deutschland zu kommen. Die bis dato 2,6 Millionen Gastarbeiter sollten ausreichen, den Bedarf der Wirtschaft zu decken. Insgesamt stabilisierte sich die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer in den 1970er Jahren bei etwa vier Millionen.

Familiennachzüge: Ehepartner und Kinder folgen den Gastarbeitern

Doch mit dem Ende der staatlich gesteuerten Arbeitsmigration hörte die Zuwanderung nicht auf, sie wandelte sich lediglich. Aus Angst, als Arbeitsmigranten nicht noch einmal einreisen zu dürfen, hatten sich die meisten Gastarbeiter nach dem Anwerbestopp dazu entschieden, vorerst nicht in ihr Heimatland zurückzukehren. Sie begannen sich auf längerfristiges Bleiben einzustellen, suchten sich bessere Wohnungen, konsumierten mehr und holten vor allem ihre Familien nach – dies war nach dem Ausländergesetz von 1965 weiterhin möglich. So lockerten sich auch die Verbindungen zur alten Heimat. Aus Arbeitsmigranten wurden Einwanderer.

Der Nachzug der Familien und der in Deutschland geborene Nachwuchs veränderte die demografische Struktur der ausländischen Bevölkerung: Aus einer Gruppe meist männlicher Vertragsarbeiter entstand eine normale Migrantenpopulation mit Frauen und Kindern. Vor allem türkische Frauen kamen ohne Qualifikation und Sprachkenntnisse oder gar als Analphabetinnen und lebten in ihren hiesigen Familienverhältnissen oft komplett isoliert. Dadurch verringerte sich die Beschäftigungsquote der ausländischen Bevölkerungsgruppe insgesamt. Doch auch der wirtschaftliche Strukturwandel zog Entlassungen nach sich, von denen vor allem die gering qualifizierten ausländischen Arbeiter betroffen waren. Aus den fleißigen Einzahlern in die Sozialsysteme wurden Empfänger von Arbeitslosen- und Kindergeld.

Die fehlende Integration ließ soziale Brennpunkte und Parallelwelten entstehen, in denen die Kinder der Migranten aufwuchsen. Häufig kamen sie aus einer anderssprachigen Welt in die öffentlichen Schulen, die nicht auf eine entsprechende Förderung vorbereitet waren. Nach der Schule standen sie oft vor denselben Problemen wie ihre Eltern: Ohne Schulabschluss oder mit geringer Bildung war der Weg in schlecht bezahlte Jobs oder die Arbeitslosigkeit programmiert. Identifikationsprobleme und Orientierungslosigkeit zwischen der Kultur des Herkunftslandes, das sie kaum kannten, und dem deutschen Alltag machten es vielen Jugendlichen schwer, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden.

Orientierungsschwierigkeiten schien auch die SPD-geführte Regierung der 1970er und frühen 1980er Jahre zu haben. Einerseits betrachteten sie die Ausländerproblematik als vorübergehende Herausforderung, da die Ausländer mittelfristig zu einer Rückkehr in ihre Heimatländer bewegt werden sollten. Andererseits war die Politik bemüht, die Ausländer durch eine Verbesserung ihrer rechtlichen und sozialen Lage stärker zu integrieren. Die Vision einer Multikulti-Gesellschaft, in der jede Herkunftsgruppe unbeeinflusst ihre Kultur ausleben sollte, ließ „echte“ Integration aber nicht zu, sondern stärkte das Leben in jenen Parallelgesellschaften, in denen sich die ethnisch-sozialen Unterschichten der Großstädte konzentrierten. Vor allem Türkischstämmige, die in ihren gesellschaftlichen Vorstellungen oft weit konservativer waren als die bürgerliche Gesellschaft in Istanbul oder Ankara, zogen sich in die Isolation zurück. Manche verboten ihren Töchtern an Klassenfahrten oder dem Sportunterricht teilzunehmen und schickten ihre Söhne auf Koranschulen.

Auch der Machtwechsel zur unionsgeführten Ära Helmut Kohls löste das Integrations-Dilemma nicht. Energischer reagierte die Regierung nur, wenn es darum ging, die Rückkehr von Migranten zu beschleunigen: Finanzielle Anreize wie die Ausbezahlung der an die Rentenkassen entrichteten Beträge sollten die teilweise seit Jahrzehnten ansässigen Gastarbeiter und ihre Familien zu einer Rückwanderung in die Heimatländer bewegen. Das so genannte Rückkehrförderungsgesetz hatte jedoch relativ wenig Erfolg. In erster Linie hat es nur Personen beeinflusst, die ohnehin vorhatten, Deutschland zu verlassen. Jener Gruppe aber, die sich längst mit ihren Familien niedergelassen und hier ihren Lebensmittelpunkt aufgebaut hatte, versäumte es die Politik mit gezielten Integrationsmaßnahmen zu begegnen.

Literatur / Links

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2008): Die demografische Zukunft von Europa. Wie die Regionen sich verändern. München.

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2009): Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland. Berlin, www.berlin-institut.org.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2008): Ausländerzahlen 2007, www.bamf.de.

Geißler, Reiner (2008): Der „kriminelle Ausländer“ – Vorurteil oder Realität? Zum Stereotyp des „kriminellen Ausländers“. In: *Überblick* (14), 1, S. 3-8.

Herbert, Ulrich (2003): *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland*. Bonn.

Statistisches Bundesamt (2007): *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Wanderungen 2006*. Fachserie 1, Reihe 1.2. Wiesbaden.

Stand: April 2009

Nachdruck und Weiterverwendung des Artikels unter Angabe der Quelle erlaubt. Um Zusage eines Belegexemplars wird gebeten.

Das Online-Handbuch Demografie des Berlin-Instituts wird gefördert von

Robert Bosch Stiftung